

Breites Bündnis für bezahlbaren Wohnraum

Initiative gegen Aufweichung des Mieterschutzes

Mieterbund, Kirchen, Gewerkschaften, Wohlfahrts- und Sozialverbände kritisieren Pläne der Landesregierung zur Aufweichung des Mieterschutzes.

Mieterbund, Gewerkschaften, Wohlfahrts- und Sozialverbände sowie die Kirchen in Nordrhein-Westfalen starten am kommenden Montag eine gemeinsame Initiative zur Bekämpfung des Mangels an bezahlbarem Wohnraum und gegen die Aufweichung des Mieterschutzes durch die schwarz-gelbe Landesregierung.

Beim Neujahrsempfang des Sozialverbands VdK warnte der stellvertretende Landesvorsitzende Peter Jeromin gestern in Düsseldorf: „Die Entwicklung am Wohnungsmarkt birgt sozialen Sprengstoff.“ Bundesweit müssten rund eine Million Haushalte von ihrem Einkommen so viel Miete zahlen, dass sie über weniger als den Hartz-IV-Satz verfügten.

Der VdK-Landesvorsitzende Horst Vöge sagte, die Zahl der überschuldeten Rentner sei in fünf Jahren um 138 Prozent gestiegen. Hauptgrund für diese Entwicklung seien gestiegene Mieten und Energiekosten, so Vöge im Gespräch mit der NRZ.

Konkret richtet sich die Initiative gegen Pläne von Schwarz-Gelb, die Mietpreisbremse und die Kappungsgrenzenverordnung zu kippen. Zudem will das Bündnis sich für die Schaffung bezahlbaren Wohnraums einsetzen.

Nach einer Studie der NRW.Bank müssen bis 2020 in Nordrhein-Westfalen 400.000 neue Wohnungen gebaut werden, um den steigenden Bedarf zu decken.